

Vergesst Ludwig Erhard nicht

VON FRIEDERIKE WELTER

Erst die Corona-Unterstützungsmaßnahmen, dann die Energie-Preis-Bremse – aktuell greift die Bundesregierung immer wieder in den Markt ein. Dabei ist es gerade nach Ansicht von Ludwig Erhard ein wesentliches Kennzeichen der Sozialen Marktwirtschaft, dass „ebenso wie der Schiedsrichter in einem Fußballspiel nicht mitspielen darf, auch der Staat nicht mitspielen hat“. Stattdessen solle die marktwirtschaftliche Politik lediglich die Ordnung des Spiels und die für dieses Spiel geltenden Regeln aufstellen. Ist zu befürchten, dass diese grundsätzliche Forderung Ludwig Erhards im Zuge der vielen Herausforderungen, mit denen sich aktuell die mittelständischen Unternehmen konfrontiert sehen, verloren geht? Prinzipiell betrachtet, bedarf das Risiko, das mit einer unternehmerischen Betätigung einhergeht, keiner ausgleichenden staatlichen Eingriffe. In der Regel können – und wollen – sich Unternehmen selbst helfen können, indem sie entsprechende strategische Maßnahmen umsetzen. Dies belegen auch immer wieder die Befragungen für unsere Studien.

In der Anfangsphase der Pandemie und zu Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine stellte sich das unternehmerische Risiko jedoch anders dar: Sowohl das unerwartete Auftreten beziehungsweise die rasche Verbreitung von Corona 2020 als auch der unerwartete Energiepreisanstieg ab Februar 2022 stellten für die Unternehmen einen exogenen Schock dar: Beides traf sie völlig unvermittelt. Es war daher richtig, dass die Politik entsprechende Unterstützungsmaßnahmen beschloss und umsetzte. Anderenfalls wären selbst grundsätzlich „gesunde“ Unternehmen in ihrem Bestand gefährdet worden. Dadurch wäre nicht nur die Diversität des Mittelstands, sondern auch sein volkswirtschaftlicher Beitrag und die regionale Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten bedroht gewesen. Im Zuge von Insolvenzen wären viele Beschäftigte arbeitslos geworden, was sich letztlich stark auf die regionale Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ausgewirkt hätte.

Gleichwohl sollten staatliche Eingriffe immer nur befristet erfolgen. Danach sollte die Politik rasch wieder zum ordnungspolitischen Ansatz zurückkehren. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass ein Bild des Mittelstands zementiert wird, dem schon Ludwig Erhard entschieden entgegenwirkte: das Bild eines hilfsbedürftigen Wirtschaftsbereichs, der für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – mit Ausnahme der industriellen Mittelstandsunternehmen – eine vernachlässigbare Rolle spielt. In den jüngsten Krisen haben die mittelständischen Unternehmen jedoch einmal mehr bewiesen, dass sie anpassungsfähig sind und lösungsorientiert agieren. Damit unterstreichen sie, wovon Erhard überzeugt war, dass selbst große Herausforderungen nur dann zu lösen sind, wenn „es uns gelingt, mit der Marktwirtschaft nicht etwa nur einzelne Schichten zu begünstigen, sondern der Masse unseres Volkes durch höchste Anstrengung und immer mehr gesteigerte Leistung einen würdigen Lebensstandard zu sichern und diesen fortlaufend zu bessern“.



Die Autorin ist Präsidentin des IfM Bonn. Zugleich hat sie die Professur für Management von kleinen und mittleren Unternehmen und Entrepreneurship an der Uni Siegen inne. Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.

Foto: Privat